

EDELBERT RICHTER

Aus der Individualisierung

zu neuer Solidarität.

Zu den moralischen Bedingungen  
demokratischer Erneuerung

»Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten«, »wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie«, heißt es in der Erfurter Erklärung. Aber ist das, was wir haben, nicht gerade eine Tendenz zur *Auflösung* aller sozialen Bindungen und demokratischen Bündnisse? Ist das, was die Erfurter Erklärung will, also chancenlos oder gar »Sozialromantik«? In der Tat können wir seit langem eine Tendenz zur *Individualisierung* in unserer Gesellschaft feststellen, und die Soziologen bestätigen das: Autoritäten werden immer weniger akzeptiert, jeder erhebt den Anspruch auf eigene, niemandem rechenschaftspflichtige Lebensgestaltung, feste Bindungen werden immer weniger eingegangen. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen verlieren Mitglieder. Die Zahl der Bürger, die ein politisches Amt übernehmen wollen, nimmt ab. Viele ziehen sich politikverdrossen ins Private zurück. Vorgegebene Normen werden immer weniger anerkannt, an ihre Stelle treten Lust und Laune. Es herrscht die postmoderne Beliebigkeit, in der »alles geht« und nichts wirklich wichtig ist. Angesichts einer solchen Ausgangslage wirkt das angestrebte Bündnis einigermaßen hausbacken. Ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Solidarität, die ein Bündnis für soziale Demokratie voraussetzt, nicht längst verloren?

Wir sollten uns zunächst daran erinnern, daß es eine Bewegung zu mehr Selbständigkeit des einzelnen in Europa schon recht lange gibt, zumindest seit der Renaissance. Wir müßten also konkreter werden und Stufen oder *Etappen* unterscheiden, wenn von Individualisierung die Rede ist. Bei der geschichtlichen Betrachtung ist dann leicht festzustellen, daß es nicht nur immer wieder Gegenbewegungen zu ihr gegeben hat, sondern daß es auch zu *mit* ihr *verbundenen* Bewegungen für mehr Solidarität gekommen war (man denke nur an die Losungen der Französischen Revolution!) und außerdem zu einer Solidarität *bei* der Durchsetzung von mehr Freiheit.

Nach Ulrich Beck bedeutet Individualisierung *heute* nicht mehr nur die Herauslösung des einzelnen aus traditionellen Gemeinschaften (Dorf, Großfamilie), wie sie schon seit Beginn der Industrialisierung im Gange ist, sondern die Herauslösung aus den Sozialbindungen der Industriegesellschaft (Kleinfamilie, Gewerkschaft, Partei): Die Scheidungsrate, die Zahl der Ein-Personen-Haushalte und der Ehen ohne Trauschein nehmen zu; der Beruf wird zum auswechselbaren Job; die Menge der Wechselwähler wächst, usw. Mit anderen Worten: Der einzelne macht sich auch von den Bindungen frei, die er freiwillig eingegangen war. (Beck,

Edelbert Richter – Jg. 1943.  
Lebt in Weimar.

Vor der Wende Dozent an der Predigerschule in Erfurt. 1977 bis 1989 Engagement in regimiekritischen Gruppen und in der Friedens- und Ökologiebewegung. August 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, Januar 1990 Übertritt in die SPD, Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1991 bis 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1991 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD.

Veröffentlichungen: Zweierlei Land – eine Lektion. Konsequenzen aus der deutschen Misere, Berlin 1989; Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR, Leipzig und Weimar 1991; Erlangte Einheit – verfehlt Identität. Auf der

Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991; Wendezeiten. Das Ende der konservativen Ära, Köln-Weimar-Wien 1994.

S. 115 u. a.) Bedeutet das das Ende der Solidarität, oder kann auch daraus wieder neue Solidarität erwachsen?

Die Individualisierung wird hauptsächlich unter dem Thema »Wertewandel« behandelt, also an der inneren Einstellung der Menschen abgelesen. Aber die vorherrschende Wertorientierung der Menschen darf nicht losgelöst von den äußeren Bedingungen, unter denen sie leben, betrachtet werden, also den politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen – sonst entsteht womöglich ein ganz schiefes Bild! Die innere Einstellung und die äußere Wirklichkeit können bekanntlich sehr weit voneinander entfernt sein, ja im extremen *Widerspruch* zueinander stehen: Es kann eine individualistische Wertorientierung z. B. gerade deshalb vorherrschen, weil das Leben sehr uniform und durch starke Abhängigkeiten bestimmt ist. Die Wertorientierung kann andererseits auch bloße *Anpassung* an die äußeren Verhältnisse sein. Wenn jemand z. B. zu viele und zu enge soziale Bindungen (Familie, Kinder) meidet, so tut er das nicht nur um des eigenen Fortkommens willen, sondern auch, weil die moderne Produktion es so verlangt. Die Wertorientierung kann also auch eine *Illusion* sein! Zum Beispiel kann der moderne Individualismus, von außen betrachtet, sich gerade als ein Phänomen der »Vermassung« erweisen: Alle verwirklichen ihre ganz originären Wünsche, aber in Wahrheit gleichen sie in ihrem Denken, ihrem Sprechen und ihrem Verhalten einander wie ein Ei dem anderen; was ein Ausdruck persönlicher Eigenheit sein soll, ist in Wahrheit nur Übernahme einer gesellschaftlich vorgegebenen Schablone. Schließlich kann die innere Einstellung schlicht das Ergebnis *ideologischer Einflüsse* sein und braucht insofern mit der sozialen Wirklichkeit gar nicht viel zu tun zu haben. Einen Beleg dafür liefern die sogenannten »Schwarzfahrerexperimente«, die zu Beginn der Reagan-Ära von Sozialwissenschaftlern in den USA durchgeführt wurden. Dabei stellte sich in elf von zwölf Versuchsreihen heraus, daß die meisten Probanden keine »Schwarzfahrer« waren, sondern 40 bis 60 Prozent ihrer Mittel für ein öffentliches Gut (den »Gruppentopf«) beisteuerten. Nur die Absolventen der Wirtschaftswissenschaften machten eine Ausnahme: Ihr Beitrag lag bei durchschnittlich nur 20 Prozent! Im Unterschied zu den anderen, die sich durch ein starkes Gefühl von Fairneß motiviert zeigten und diesen Wert auch definieren konnten, weigerten sich die Ökonomiestudenten, diesen Begriff zu definieren oder gaben sehr umständliche Antworten. (A. Etzioni, S. 420)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Veränderung der Wertorientierung die Ursache von Veränderungen der äußeren Verhältnisse sein kann. Wichtig ist, daß überhaupt thematisiert wird, wie beide zueinander stehen.

Wesentlich ist auch, daß die Individualisierung nicht etwa verwechselt wird mit einer Tendenz zur Auflösung der *Klassen bzw. Schichten*, wie es Beck in seinem Buch allerdings nahelegt. Die Bundesrepublik zeigt vielmehr eine »hochgradige und zunehmende Stabilität und Rigidität der ... Sozialstrukturen.« (K. U. Mayer) Sie werden durch die Individualisierung nur überlagert und wirken sich dadurch in indirekterer Weise als früher auf die Lebensformen aus. Das belegen Untersuchungen zur Einkommens-

und Vermögensverteilung wie auch zur Verteilung der Bildungs- und Berufschancen. In bezug auf das private Gesamtvermögen hat H. Schlomann 1993 festgestellt, daß »10 Prozent der reichsten Haushalte fast 50 Prozent des erfaßten (!) Vermögens besitzen, die ärmere Hälfte der Haushalte dagegen nur knapp 2,5 Prozent« (Große Anfrage der SPD-Fraktion). Zu den Bildungschancen hier nur der Hinweis, daß der Anteil von Arbeiterkindern an höheren Schulen seit den 80er Jahren in den alten Bundesländern wieder abnimmt und 1989 mit 9 Prozent unter das Niveau vor Beginn der Bildungsreform dort gesunken war. Der Anteil der Studenten aus einkommensschwachen Familien betrug in der ehemaligen Bundesrepublik 1982 immerhin 23 Prozent, aber 1992 nur noch 15 Prozent. (R. Geißler)

Die heutige Individualisierungstendenz sollte in einem noch umfassenderen Zusammenhang gesehen werden. Offensichtlich geht sie nämlich historisch auf die weltweite neoliberale *Wende Ende der siebziger Jahre* zurück. Suche nach dem je Eigenen, Abgrenzung voneinander, Differenzierung sind seither die Losung, und zwar in *allen* Lebensbereichen. So beginnt mit dem Übergang von wohlfahrtsstaatlicher Regulierung der Wirtschaft zum Glauben an die Selbstregulierungskräfte des Marktes ein enormer Differenzierungsprozeß (hauptsächlich zwischen arm und reich) in den wichtigsten Industrieländern. Zwischen den Entwicklungsländern kommt es ebenfalls zu einer Differenzierung, so daß vom Ende der »Dritten Welt« gesprochen, der Begriff für nicht mehr zutreffend erklärt wird. Auch außen- und sicherheitspolitisch greift eine Art Individualismus oder Pluralismus um sich, denn der frühere Systemgegensatz zwischen Ost und West schwindet, und es kehren vielfältige, oft absurde nationale Gegensätze wieder. Schließlich wird mit dem Aufkommen der »Postmoderne« in den Geisteswissenschaften auch der Begriff der Wahrheit seiner Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit entkleidet und von einem prinzipiellen Pluralismus der Wahrheiten ausgegangen. Der »Zeitgeist« ist ein ganz anderer als der der sechziger und noch der siebziger Jahre. Er ist nicht auf der Suche nach dem Gemeinsamen, Verbindenden, sondern nach dem Besonderen, Unterscheidenden zwischen den Menschen – auf allen Ebenen, koste es, was es wolle.

Wo das einigende Band zwischen den Menschen fehlt, da ist im allgemeinen nicht einfach nichts oder eben Zerfall, sondern irgendein schlechter Ersatz, eine Scheingemeinsamkeit oder ein *Zwangszusammenhang*. So schlägt extreme Individualisierung, weil sie den einzelnen überfordert, leicht in *Kollektivismus* um. Denn Individuen, die ganz auf sich selbst gestellt, aus Gemeinschaftsbindungen ausgeschlossen und isoliert sind, sind meistens nicht mehr in der Lage, sich frei und vernünftig zu entscheiden. Die Atomisierung der Gesellschaft, ihre Reduzierung auf einen Haufen von einzelnen, ist die beste Voraussetzung für den Sieg totalitärer Bewegungen (vgl. die Rechtsradikalen). Und so ist die Kehrseite des hemmungslosen ökonomischen Individualismus die *globale Herrschaft des Geldes* – nach Meinung mancher Zeitkritiker die einzige Größe, die die hochdifferenzierte moderne Gesellschaft noch auf einen Nenner bringt bzw. die Menschheit heute zusammenhält.

Trotz alledem besteht kein Anlaß zu Resignation.

*Erstens* bedeutet *Individualismus* (als Streben nach Selbständigkeit) offenbar keineswegs notwendig *Egoismus* (als Streben nach maximalem eigenen Nutzen). Vielmehr wird der Individualist in einer Gesellschaft, die von Egoismus geprägt ist, sich vermutlich eher für Altruismus entscheiden. Und umgekehrt zeichnet sich der Egoist ja nicht gerade durch Originalität und Kreativität aus, sondern handelt nach einem Schema, das mehr als bekannt ist.

*Zweitens* setzt *Solidarität* ihrem *Wesen* nach *Freiheit* voraus. Also kann aus neu gewonnener Freiheit auch neue Solidarität erwachsen. Allerdings setzt umgekehrt Freiheit auch Solidarität voraus: Du hast sie nur, weil andere sich für sie eingesetzt haben. Die Freiheit wird also nur mit neuer Solidarität gesichert werden können. Trotz aller Übereinstimmung der deutschen Parteiprogramme in den Grundwerten gehört es zum Wesen der Liberalen und auch der Konservativen, Solidarität und Freiheit gegeneinander auszuspielen und dabei der Freiheit scheinbar den Vorrang zu geben: Je mehr Solidarität, desto weniger Freiheit und umgekehrt. Aber zwischen den Grundwerten gibt es letztlich keinen Gegensatz, sondern sie bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Denn einerseits kann ich meine Individualität nur in der Gemeinschaft mit anderen entfalten, bin ich überhaupt nur Ich vom anderen her. Und andererseits beruht Solidarität im strengen Sinne nicht auf einer natürlichen Verbundenheit (wie Familie, Volk, Geschlecht), ist sie nicht sozusagen eine Anziehung der Gleichen, sondern überbrückt gerade die Fremdheit, ja Gegensätzlichkeit zwischen Menschen, setzt jedenfalls ihre Verschiedenheit voraus. Die Freiheit geht in der Solidarität nicht *unter*, sie geht in sie *ein*.

*Drittens* zeigt sich auch *empirisch*, daß der Individualisierungstrend die Bereitschaft zu solidarischem Engagement keineswegs ausschließt, sondern in überraschendem Umfang mit sich führt. Da die Zeit vom neoliberalen Geist geprägt ist, muß freilich genauer hingesehen werden, um das wahrzunehmen.

So haben Robert N. Bellah u. a. in den USA Mitte der achtziger Jahre in einer Untersuchung gezeigt, daß jene Prägung zwar die Sprache erfaßt, aber durchaus nicht unbedingt das alltägliche Handeln. »In einer großen Zahl von Interviews vor allem mit jüngeren Amerikanern stellte sich heraus, daß diese vielfach im Alltag zu erstaunlichen Akten der Solidarität imstande waren. Wenn sie aber darüber befragt wurden, warum sie sich so rührend um den hilflosen Vater, den kranken Freund, die verwirrte Nachbarin kümmern, dann bemühten sie sich krampfhaft, in der Sprache der Kosten-Nutzen-Analyse dafür individuell-egoistische Beweggründe anzugeben, weil ihnen im Amerika der Reagen-Ära offenbar keine andere Sprache zur Verfügung stand.« (Strasser, S. 98 f.) Eine ganze Reihe von Untersuchungen zeigt nämlich: Es gibt keine signifikante Abnahme des solidarischen Engagements, weder bei der Jugend noch bei den Deutschen insgesamt (Strasser, S. 96). Es gibt sogar eine zunehmende Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement und zur Mitarbeit im politischen Leben, die aber offenbar nicht abgerufen wird (Klages). Ein Beispiel: In Geislingen äußerten 38 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen Engagementbereitschaft für gemeinwesenorientierte Projekte, z.B.

Besuchsdienste, kleine Reparaturen, Hausaufgabenhilfe, usw. (Ueltzhöffer/Aschberg).

Freilich spielt bei solchem Engagement heute die eigene Einsicht und Entscheidungsfindung eine größere Rolle als ein Gefühl der Zusammengehörigkeit oder ein tradiertes Pflichtbewußtsein; und es werden andere, nichtkonventionelle und nichthierarchische Formen der Organisation bevorzugt. Das Engagement soll einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der eigenen Lebenswelt und der Politik herstellen. So hatte schon 1986 eine Studie in der alten Bundesrepublik Deutschland die Zahl von 67 500 Selbsthilfegruppen mit 2,6 Millionen (vor allem jungen) Mitgliedern ermittelt (Vilmar/Runge).

Es ist wohl unbestritten, daß die 68er Bewegung in der alten Bundesrepublik die politische Kultur verändert hatte und daß auch wir in der DDR mit der Revolution von 1989 den Obrigkeitsstaat hinter uns gelassen haben. Beides waren aber Bewegungen, bei denen freie Individualität und Gemeinsinn nicht in Widerspruch zueinander standen, sondern zusammengehörten. Für alle, die sie miterlebt haben, sind das Erfahrungen, die trotz der darauf folgenden Ernüchterung und Enttäuschung unvergeßlich bleiben. An sie kann angeknüpft werden.

Ein Hauptanliegen der Erfurter Erklärung war und ist es, das geistige Klima in Deutschland zu verändern, der oben geschilderten Tendenz des Zeitgeistes zu widerstehen und das Thema Gemeinsinn auf die Tagesordnung zu setzen. Denn ohne ein anderes Denken wird es auch keine andere Politik geben.

Allerdings wird sich ein anderes Denken nicht ohne eine andere Politik entfalten können. Aufgrund der Verwüstungen, die der neoliberale Zeitgeist angerichtet hat, wäre es ein Übermaß an Solidarität, das den Menschen heute abverlangt werden müßte: Solidarität der Reichen mit den Armen, der Arbeitsplatzinhaber mit den Arbeitslosen, dazu noch der Industrieländer mit den Entwicklungsländern und auch noch die ökologische Solidarität der heutigen mit den künftigen Generationen.

Angesichts dessen ist es ermutigend zu wissen, daß die Quellen der Solidarität keineswegs verschüttet sind, sondern sich neue Wege suchen, an die politische Oberfläche zu dringen. Wir haben nur über die moralischen Bedingungen einer politischen Veränderung gesprochen, zu der natürlich mehr gehört. Aber diese Bedingungen sind besser, als meist angenommen wird.

#### Literatur:

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1986.  
 Etzioni, Amitai: Die faire Gesellschaft, Frankfurt/Main 1996.  
 Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992.  
 Große Anfrage der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag: Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung, September 1995 (Drucksache 13/3885).  
 Klages, Helmut: Verantwortungsgesellschaft – sozial- und gesellschaftspolitische Aspekte. Vortrag in der Evangelischen Akademie der Pfalz, Februar 1997.  
 Mayer, Karl Ulrich: Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen, in: Verhandlungen des 25. deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/New York 1991, S. 10 ff.  
 Strasser, Johann: Individualisierung und Solidarität, Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1993, S. 98 f.  
 Ueltzhöffer, Jörg/Aschenberg, Carsten: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen Studie, Stuttgart 1995.  
 Vilmar, Fritz/Runge, Brigitte: Auf dem Weg in die Selbsthilfegesellschaft? Essen 1986.